

rigen Löhnen bleiben, die Anlagen weiter verschleifen, dann brauchen wir im Grunde auch die Mauer. Wir sind uns einig, daß das nicht so geht. Was hier fehlt, sind Kapital und Management. Sagt jemand: Es sind 500 zuviel - was wird mit diesen 500 Leuten? Und da setzt das Arbeitsförderungsprogramm an, wofür dieses Gesetz die Grundlagen gibt. Das stellt also den Kern des Handwerkszeugs dar, das in den Zukünftigen Arbeitsämtern in unserem Lande gehandhabt werden soll. Denn das ist die Institution, die mit diesem Werkzeug arbeiten soll. Und es ist wirklich so: Dieses Amt sorgt für Arbeitsplätze schon dadurch, wie es in dem Votum des Ausschusses für Bildung heißt: Wir müssen werben für Kräfte. Und die Ministerin hat uns dringend gebeten: Wenn wir geeignete Leute wissen, die in diesem Amt arbeiten können, sollen wir sie ihr melden. Sie sehen, das Arbeitsbeschaffungsprogramm beginnt hier.

Für welche Bereiche auszubilden ist? Sie wissen, daß die Ämter für Arbeit eine eigene Marktforschung betreiben müssen. Und in dem Votum der PDS heißt es ausdrücklich:

„Dieses Monopol der Arbeitsvermittlung darf in keiner Form aufgeweicht werden.“

Alles, was an freien Arbeitsplätzen da ist, muß gemeldet werden. Ich denke, daß sich trotzdem manches im stillen unter der Hand regeln wird, also, daß der Verwaltungsaufwand zu minimieren ist.

Kritisch sind die Stellen, an denen dieses Gesetz an andere Gesetze stößt, die Anschlußstellen, also etwa bei den Absolventen der Hochschulen. Hier ist auch eine Veränderung der Übergangsregelung, eine Erweiterung beschlossen worden.

Ein anderer sensibler Punkt ist die Frage: Wer soll in unserem Lande arbeiten, d. h., wie ist es mit den Ausländern? Hier ist wieder die Tatsache, daß wir noch kein Ausländergesetz haben, peinlich spürbar. Und bei der Arbeitslosigkeit sind wir uns wahrscheinlich klar, daß das ein sensibler Punkt ist. Aber wenn wir die Zahl der in unserem Lande tätigen Ausländer sehen, dann merken wir, daß es eigentlich mehr ein ideologisches Problem ist, nicht sosehr ein sachliches. Und wenn wir schon von Solidaritätsgemeinschaft sprechen, dann könnten wir es, meine ich, in diesem Punkte auch aushalten.

Enthalten sind durch die Voten, die wir versucht haben einzuarbeiten, Anregungen an die anderen Ministerien, jedenfalls dieses Hauptstück einer Arbeitsförderung, die möglichst vorrangig eintreten soll, nämlich bevor Arbeitslosigkeit auftritt, durch Umschulung und durch geeignete Programme. Darüber sind wir uns klar.

Ich hoffe, daß ich in Ihrem Sinne spreche, wenn ich die Annahme dieses Gesetzes dringend empfehle.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:**

Meine Damen und Herren! Die Lage ist folgende: Es liegt ein Änderungsantrag von der Fraktion der SPD vor.

Ich bin eben darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Umstände gebieten, die Sitzung hier abzubrechen. Wir müssen infolgedessen hier unterbrechen und müssen in der nächsten Volkskammersitzung mit der Behandlung dieses Punktes wieder anfangen. Es hilft nichts, wir müssen sofort aufhören.

(Unruhe)

(Zuruf aus der Fraktion CDU/DA: Hier sitzt der Souverän, und hier entscheiden wir. Und ich denke, dieses Gesetz muß auf den Weg gebracht werden.)

(Beifall - Unruhe)

In diesem Falle muß ich, glaube ich, in der augenblicklichen Situation Abstimmung erbitten. Wer ist für Beendigung des Ta-

gesordnungspunktes, d. h. Fortsetzung der Behandlung dieses jetzt angefangenen Punktes? Ich bitte um das Handzeichen.

(Lautstarker Widerspruch)

Ich bitte um eine geordnete Abstimmung.

(Zurufe: Um eine geordnete Fragestellung!)

Ich frage: Wer unter den Damen und Herren Abgeordneten tritt dafür ein, daß die Behandlung des angefangenen Tagesordnungspunktes 6 jetzt unter den Umständen, die ich Ihnen bekanntgegeben habe, beendet wird?

(Zuruf: Die Frage ist nicht eindeutig.)

(Zuruf aus der Fraktion Bündnis 90/Grüne: Würden Sie bitte erläutern, was Sie mit „Beenden“ meinen? Die Abgeordneten wissen im Moment nicht, worüber sie abstimmen. Heißt „beenden“, daß wir zu Ende behandeln und abstimmen, oder heißt „beenden“, daß wir abbrechen?)

„Beenden“ heißt abbrechen. Ich stelle die Frage noch einmal: Wer wünscht Fortführung der Verhandlung? - Das ist die Mehrheit. Damit ist entschieden: Wir fahren fort.

(Beifall)

Ich muß mich erst erkundigen, ob Herr Dr. Altmann seine Rede beendet hat.

(Dr. Altmann, CDU/DA: Ich habe mit der Bitte um Annahme dieses Gesetzes meine Rede beendet. Ich danke.)

(Beifall)

Dann erhält die SPD-Fraktion Redezeit zur Einbringung ihres Änderungsentwurfs.

#### **Frau Fritsch (SPD):**

Die Änderungen sind ganz leicht auszuführen. Man muß sie nur ein wenig erklären, damit wir wissen, worüber wir abstimmen, obwohl eigentlich alle Fraktionen vorinformiert sind. Wer den Text vorliegen hat - das ist der zweite Teil des § 119. Es ist ziemlich am Ende des zweiten Teils. Ich darf schon erklären: Es geht um eine Sperrfrist von 8 Wochen, in der unter bestimmten Bedingungen kein Arbeitslosengeld gezahlt wird.

Eine von diesen Bedingungen steht gleich im Absatz 1 am Anfang, 119, Abs. 1: hat der Arbeitslose das Beschäftigungsverhältnis gelöst. - Und um dieses Wort „gelöst“ geht es uns. Man kann es auch so interpretieren, daß ein ordnungsgemäß abgeschlossener Aufhebungsvertrag so eingeordnet wird, und das würde bedeuten, daß viele, die jetzt zu einem Aufhebungsvertrag mehr oder weniger überredet werden oder hineingedrängt, dann unter diese Sperrfrist fallen würden, demzufolge 8 Wochen lang kein Arbeitslosengeld bekämen.

Wir möchten das Wort „gelöst“ abgeändert wissen in „gekündigt“.

(Beifall)

Das wäre der eine Antrag gewesen.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann: Haben Sie einen oder noch mehr Anträge?)

Noch einen, der ist genauso kurz. Ich würde vorschlagen, über den einen erst abzustimmen.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:**

Wir stimmen über den Änderungsantrag ab, statt „gelöst“ „gekündigt“ zu schreiben. Wer ist für diese Änderung? - Wer ist da-